

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Erster Teil	
Die öffentlichen Aufgaben der Gewerkschaften	12
I. Die Gewerkschaften als Träger öffentlicher Aufgaben	12
1. Überblick über Entwicklung und Aufgabenzuwachs der Gewerkschaften	12
2. Gesetzliche Mitwirkungsbefugnisse und politischer Einfluß der Gewerkschaften	16
II. Die politische Funktion der Interessenverbände und ihre verfassungsrechtliche Gewährleistung	23
1. Zur juristischen Diskussion des Verbandseinflusses	24
2. Die Funktion der Verbände im politischen Prozeß	28
3. Die verfassungsrechtliche Garantie politischer Teilnahme für Verbände	35
III. Öffentliche Aufgaben und Rechtsstellung der Gewerkschaften	42
Zweiter Teil	
Demokratische Willensbildung in Gewerkschaften als Verfassungsgebot	48
<i>Erstes Kapitel: Die einzelnen Vorschläge zur Begründung des Demokratiegebots</i>	49
I. Herleitungen aus der koalitionsspezifischen Tätigkeit der Gewerkschaften	49
1. Öffentlichkeitscharakter und fehlende Staatsaufsicht der Koalitionen	49
2. Demokratische Legitimation der Tarifvertragsparteien als Voraussetzung ihrer Normsetzungsbefugnis	51
3. Demokratische Organisation als Merkmal der Koalitions- bzw. Tariffähigkeit	57
4. Das Individualkoalitionsrecht als Schranke der Organisationsfreiheit	70

II. Koalitionsfreiheit und Verbandsorganisation bei R. Scholz	74
1. Zur Kritik an der Lehre vom Doppelgrundrecht	74
2. Kommunikationsrechtliche Verbandsorganisation der Koalitionen	77
III. Die politische Betätigung der Gewerkschaften	82
1. Der gesellschaftsdemokratisierende Effekt des Sozialstaatsgebots	83
2. Demokratische Willensbildung zur Sicherung der Chancengleichheit im politischen Prozeß	85
3. Analogie zum Gebot innerparteilicher Demokratie	87
4. Demokratische Organisation und verfassungsrechtliche Funktion der Interessenverbände	94
IV. Die institutionalisierten Mitwirkungsbefugnisse der Gewerkschaften	100
V. Demokratische Organisation als Schutz gegen Vereinsgewalt	104
<i>Zweites Kapitel: Zum Inhalt des Gebots demokratischer Willensbildung</i>	107
I. Grundsätze für die innerverbandliche Willensbildung	108
II. Das Gebot demokratischer Willensbildung und die Pflicht zur Durchführung einer Streikurabstimmung	124
III. Zusammenfassung des Zweiten Teils	131

Dritter Teil

Demokratische Willensbildung und BGB-Vereinsrecht	135
I. Die Kontroversen über das Vereinsrecht bei den Beratungen für das BGB	136
II. Zur rechtlichen Stellung der nichteingetragenen Idealvereine in Rechtspraxis und Lehre	141
1. Angleichung zwischen eingetragenem und nichteingetragenen Verein im Vereinsverfassungsrecht	142
2. Zur Rechtsstellung des nichteingetragenen Vereins im Rechtsverkehr	146
3. Die Parteifähigkeit der Gewerkschaften im Zivilprozeß	156
III. Innerverbandliche Willensbildung und Vereinsverfassungsrecht	163
1. Das legislatorische Konzept des BGB-Vereinsverfassungsrechts ..	164
2. Die Rechtsentwicklung zum BGB-Vereinsverfassungsrecht	168
3. BGB-Vereinsverfassungsrecht und das Gebot demokratischer Willensbildung für Gewerkschaften	182

*Vierter Teil***Die Organisation der Willensbildung
in den Gewerkschaften** 184

I. Möglichkeiten und Grenzen innerorganisatorischer Demokratie	185
1. Das eherne Gesetz der Oligarchie	185
2. Das Zweiparteiensystem in der amerikanischen Druckergewerk- schaft ITU	188
3. Demokratie in komplexen Organisationen	190
4. Demokratische Willensbildung und tarifvertragliche Effizienz	196
II. Die Institutionalisierung der innerverbandlichen Willensbildung in den Gewerkschaftssatzungen	200
1. Der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften	202
2. Die Mitwirkungsrechte der Mitglieder bei der personellen Be- setzung der Organe	203
a) Orts- bzw. Kreisebene	203
b) Bezirksebene	205
c) Bundesebene	209
3. Die Auswahl nichtorganschaftlicher Funktionsträger	212
4. Die Einflußmöglichkeiten der Mitglieder auf die Gewerkschafts- politik	216
a) Allgemeine Gewerkschaftspolitik	216
b) Tarifpolitik und Arbeitskämpfe	222
5. Zur Rechtsstellung der Mitglieder	225
6. Fazit	228

Literaturverzeichnis 234